

KURZMELDUNGEN

Imageverlust beklagt

LAUSANNE | Nachdem die Waadtländer Weinkellerei Jean & Pierre Testuz SA aus dem bekannten Weinbaugelände Lavaux wegen eines Strafverfahrens Schlagzeilen machte, beklagt sie einen Imageverlust. Sie räumt zugleich ein, 900 Liter Wein der Kontrolle des Bundes unterschlagen zu haben. Dass einer der Mitarbeitenden den Wein vor der Kontrolle versteckt habe, sei eine «Dummheit», sagte Tobias Mathier, Generaldirektor des Unternehmens, in einem am Donnerstag veröffentlichten Interview mit der Zeitung «24 heures». Dass man jedoch in den gleichen Topf mit anderen laufenden Affären im Zusammenhang mit illegalen Weinverschnitten geworfen worden sei, habe grossen Schaden verursacht. So habe die Weinkellerei einige Kunden und Lieferanten verloren. | sda

Sozialhilfe

BERN | Die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) verzichtet darauf, den Grundbedarf der Sozialhilfe im kommenden Jahr der Teuerung anzupassen. Der Grundbedarf gemäss SKOS-Richtlinien beträgt damit für eine Einzelperson weiterhin 986 Franken pro Monat. Mit dem Grundbedarf müssen Sozialhilfeempfänger ihren Lebensunterhalt bestreiten. In Absprache mit den kantonalen Sozialdirektoren passt die SKOS diesen alle zwei Jahre der Teuerung an. Sie richtet sich dabei nach dem Teuerungsausgleich bei den Ergänzungsleistungen zur AHV und IV. | sda

Hinweise

IBACH | Nach einem mutmasslichen Überfall auf zwei Hausbewohner in Ibach SZ am Montag wertet die Polizei ein halbes Dutzend Hinweise aus der Bevölkerung aus. Wer die Tat begangen hat, ist weiterhin unklar. Die schwer verletzten Opfer befinden sich noch immer im Spital. | sda

Lastwagenfahrer stirbt

BERN | Bei einem Unfall in der Nähe von Moutier ist am Donnerstag ein Lastwagenfahrer ums Leben gekommen. Er war mit seinem Fahrzeug gegen 13.00 Uhr aus ungeklärten Gründen von der Strasse abgekommen. Danach kollidierte der Lastwagen mit einem vor einem Restaurant parkierten Auto und prallte in eine Stützmauer. Der Unfall ereignete sich in der Gemeinde Crémines. Der 69-jährige Fahrer wurde beim Unfall eingeklemmt und danach von der Strassenrettung der Feuerwehr geborgen. Trotz Reanimationsversuchen verstarb er noch auf der Unfallstelle. Es könne nicht ausgeschlossen werden, dass dem Unfall ein medizinisches Problem vorausgegangen sei. | sda

Bern | Schweiz - EU: Ständeratskommission gibt grünes Licht

Verhandlungen mit EU

Die Aussenpolitische Kommission des Ständerates (APK) stärkt dem Bundesrat beim Vorgehen zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative den Rücken. Sie hat das Verhandlungsmandat einstimmig gutgeheissen.

Kommissionspräsident Felix Gutzwiller (FDP/ZH) sagte am Donnerstag vor den Medien in Bern, die Kommission begrüsse das offen formulierte Mandat. Dass für die EU Kontingente, wie sie die Initiative verlangt, nicht zur Diskussion stehen, habe die APK zur Kenntnis genommen. Einen gewissen Spielraum für Verhandlungen gebe es dennoch. Diesen gelte es nun auszuloten.

Weitere Konsultationen

Das Verhandlungsmandat legt laut dem APK-Präsidenten drei Eckpunkte fest. Erstens will die Schweiz die Zuwanderung selbstständig steuern, zweitens will sie die bilateralen Verträge beibehalten und drittens will sie den Schutz gegen Lohndumping beibehalten.

Der Bundesrat hatte den Mandatsentwurf vergangene Woche verabschiedet. Dazu Stellung nehmen können die Aussenpolitischen Kommissionen von National- und Stände-

rat, die Konferenz der Kantonsregierungen sowie die Sozialpartner. Danach verabschiedet der Bundesrat das definitive Mandat.

Nicht vereinbar mit Personenfreizügigkeit

Die Verhandlungen leiten soll Mario Gattiker, der designierte Staatssekretär und Direktor des Bundesamtes für Migration (BFM). Die Aufnahme von Verhandlungen werde aber das

Einverständnis der EU bedingen, hielt der Bundesrat fest. Aus Brüssel hiess es letzte Woche, die EU nehme den Mandatsentwurf zur Kenntnis. Sie beharre aber auf ihrem Standpunkt, nicht über die Personenfreizügigkeit zu verhandeln. Grund dafür seien Grundprinzipien der Europäischen Union. Verhandlungen mit dem Ziel, Kontingente und einen Inländervorrang einzuführen, stünden im Widerspruch

zu den Zielen des Personenfreizügigkeitsabkommens. Parallel zu den Verhandlungen mit der EU will der Bundesrat an der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative im Inland arbeiten. Das Konzept zur Umsetzung hat er im Juni vorgestellt. Es sieht vor, dass die Zuwanderung ab Februar 2017 mit Kontingenten gesteuert wird. Bei allen Bewilligungen würde ein Inländervorrang gelten. | sda



Verhandlungen. Felix Gutzwiller, Präsident Aussenpolitische Kommission des Ständerates APK-S, rechts, und Christian Levrat nehmen Stellung zur Anpassung des Freizügigkeitsabkommens mit der EU.

FOTO KEYSTONE

Verhandlungen gehen voran

BRÜSSEL | In den Verhandlungen über ein institutionelles Rahmenabkommen sind gemäss den Verhandlungsführern der Schweiz und der EU «grosse Fortschritte» erzielt worden. Trotzdem gebe es noch einiges zu tun, sagte der Schweizer Chefdiplomat Yves Rossier am Donnerstag nach einem Treffen in Brüssel. Zurzeit arbeiteten die Schweiz und die EU an einem gemeinsamen juristischen Text, hiess es weiter. Man brauche dafür aber noch etwas Zeit, sagte Rossier. EU-Chefdiplomat David O'Sullivan sprach dabei von einigen Monaten. Es gehe nun darum, die richtigen «Formulierungen zu finden». «Ich bin überzeugt, wir werden eine Einigung finden.» Er verwies dabei aber auf das Ja am 9. Februar zur Zuwanderungsinitiative, das er als «kniffliges», übergeordnetes Problem sieht, welches es ebenfalls zu lösen gilt. Ob und welche Punkte im Rahmenabkommen noch zu klären sind, wollten die beiden nicht sagen. «Ich werde nicht in Details gehen», sagte O'Sullivan. Doch die heiklen Punkte sind bekannt. Der Bundesrat hatte einst diese «roten Linien» definiert. So etwa soll die Schweiz nicht automatisch EU-Recht übernehmen müssen, es soll keine neue Überwachungsbehörde geben und vor allem soll kein EU-Gericht die Schweiz bei Streitigkeiten über die Abkommen verurteilen können. | sda

Bern | Studie: Bosnier in der Schweiz

Gut integriert

Die Bevölkerung aus Bosnien und Herzegowina ist gut in der Schweiz integriert. Während die erste Generation noch stark mit ihrer Herkunft verbunden ist, fühlt sich die zweite mehr der Schweiz zugehörig. Allerdings gibt es die «eine» bosnische Diaspora in der Schweiz nicht.

Die Menschen sind entlang ihrer bosniakischen, kroatischen und serbischen Herkunft geteilt. Jede ethnische Gruppe grenze sich von den zwei anderen ab; sei es konfessionell oder sprachlich, heisst es in der Studie des Bundesamtes für Migration (BFM), die am Donnerstag veröffentlicht wurde.

In der Schweiz leben rund 35000 Menschen aus Bosnien und Herzegowina, was rund zwei Prozent der ausländischen Bevölkerung entspricht. Die Einbürgerungen eingerechnet, schätzt das BFM ihre Zahl auf 60000 Menschen.

Viele hierzulande geboren

Die Einwanderung verlief in zwei Wellen: Zwischen 1960 und 1980 kamen vor allem Bosnier, um hierzulande die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt zu decken. Viele waren kaum qualifiziert und blieben wegen des Saisonierstatus nur einige Monate in der Schweiz.

In den 1990er-Jahren flohen viele Bosnier vor dem Krieg auf dem Balkan. Angesichts der Tragödie beschloss der Bundesrat damals die vorläufige kol-



Integration. Kleine Schanze in Bern. Die zweite Generation der Bosnier fühlt sich der Schweiz zugehörig.

FOTO KEYSTONE

lektive Aufnahme der Vertriebenen. Ein Grossteil von ihnen kehrte nach dem Ende des Krieges wieder zurück.

Heute ist der Zustrom aus Bosnien und Herzegowina gering. Dies zeigt sich auch am hohen Anteil der hierzulande geborenen Bosnier (23 Prozent), gegenüber 20 Prozent für die gesamte ausländische Bevölkerung.

Mehr als zwei Drittel der bosnisch-herzegowinischen Gemeinschaft lebt in den Kantonen St. Gallen, Aargau, Zürich, Waadt, Luzern, Bern und Tessin. Allerdings gibt es zwischen den ethnischen Gruppen keinen Austausch. Nationale Organisationen gibt es kaum. Die Tendenz, innerhalb dieser Gruppen zu heiraten,

zeigt sich auch in der Schweiz. Eine Zunahme verzeichnen dagegen binationale Ehen.

Psychische Probleme

Bosnier der ersten Generation arbeiten mehrheitlich im Gastgewerbe, in der Industrie und im Baugewerbe. Die Arbeitslosigkeit ist mit 7,1 Prozent höher als bei den Schweizern (3,4 Prozent), aber tiefer als bei den Ausländern insgesamt (8,3 Prozent).

Gesundheitsprobleme aller Art sind unter den in der Schweiz lebenden Bosniern weitverbreitet. Angesichts traumatischer Kriegserfahrungen und einem schwierigen Migrationsverlauf leiden viele Flüchtlinge unter psychischen Problemen. | sda

Bäuerinnen-Power gegen Hunger

ST. GALLEN | Bäuerinnen aus Kolumbien, Kanada, Tschad und Myanmar haben am Donnerstag an der OLMA in St. Gallen über Gleichstellung diskutiert. Hätten Bäuerinnen mehr Zugang zu Land, mehr Rechte und bessere Bildung, liesse sich die Zahl der Hungernden weltweit um 100 Millionen verringern.

Zum Welternährungstag und dem «Tag der Bäuerin» an der OLMA luden das Hilfswerk **Swissaid** und der Schweizer Bäuerinnen- und Landfrauenverband (SBLV) zum Podium ein. Die ausländischen Teilnehmerinnen hatten zuvor während zehn Tagen Bauernhöfe in der ganzen Schweiz besucht. Laut Swissaid produzieren weltweit 500 Millionen bäuerliche Familienbetriebe mehr als die Hälfte der Nahrungsmittel. Das Rückgrat dieser Betriebe seien fast immer Frauen, auf deren Schultern ein grosser Teil der Arbeit lastet. Trotzdem seien in Entwicklungsländern kaum ein Fünftel der Bauernbetriebe im Besitz der Frauen. | sda

Verteilaktion von Jodtabletten

BERN | Knapp fünf Millionen Personen erhalten in den nächsten Wochen ungewohnte Post: Sie finden eine persönliche Packung Jodtabletten und Informationsmaterial zum Verhalten bei einer AKW-Katastrophe in ihrem Briefkasten. AKW-Betreiber und der Bund streiten sich über die Kosten.

Erstmals erhält die Bevölkerung auch im Umkreis von 20 bis 50 Kilometern rund um die fünf Atomkraftwerke eine Tablettenpackung. Die Verteilaktion läuft am 27. Oktober an und dauert bis Ende November, wie die Geschäftsstelle Kaliumiodid-Versorgung in einer Medienmitteilung schreibt. Alle Personen, die im Umkreis von 50 Kilometern um die AKW Mühleberg BE, Gösgen SO, Beznau AG und Leibstadt AG wohnen, erhalten per Post im Auftrag des Bundes kostenlos eine Packung mit je zwölf Jodtabletten. | sda

Rennen um Berner Ständeratssitze

BERN | Die beiden Ständeratssitze des Kantons Bern sind heiss begehrt. Nun steigt auch die FDP ins Rennen ein, wie die Partei am Donnerstag mitteilte. Eine Findungskommission präsentierte drei Interessierte: die Kantonsparlamentarier Peter Flück und Adrian Haas sowie Claudine Esseiva, die Generalsekretärin der FDP-Frauen Schweiz. Esseiva zog vor einem Jahr von Freiburg nach Bern. Das letzte Wort haben die kantonalen FDP-Delegierten Anfang November. Die amtierenden Berner Ständeräte sind Hans Stöckli (SP) und Werner Luginbühl (BDP). Stöckli tritt nächsten Herbst erneut an, Luginbühl hat sich noch nicht in die Karten blicken lassen. Mindestens drei Herausforderer werden antreten. Nebst der FDP-Bewerbung sind dies die Kantonsparlamentarierin Christine Häslar für die Grünen und aller Voraussicht nach Nationalrat Albert Rösti für die SVP. Seine Nomination wird nächste Woche erwartet. | sda